

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Frau Kelly und der Fraktion DIE GRÜNEN — Drucksache 11/5658 —

Kambodscha nach dem Abzug der Vietnamesen

Der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Schäfer, hat mit Schreiben vom 6. Dezember 1989 namens der Bundesregierung die Kleine Anfrage wie folgt beantwortet:

1. Wie hat sich die Politik der Bundesregierung gegenüber Kambodscha nach dem Abzug der Vietnamesen verändert?
2. Hat die Bundesregierung Erkenntnisse darüber, ob tatsächlich alle Vietnamesen aus Kambodscha abgezogen wurden oder kann die Bundesregierung Pressemeldungen bestätigen oder dementieren, nach denen als Kambodschaner getarnte vietnamesische Besatzungstruppen auch noch weiterhin im Lande sein sollen?
3. Wie schätzt die Bundesregierung die Gefahr einer erneuten Machtübernahme durch die Roten Khmer in Kambodscha ein? (Bekanntlich verfügen die von der Volksrepublik China massiv unterstützten Khmer Rouges immerhin über die meisten Waffen, Soldaten und die beste Logistik unter den drei Widerstandsgruppen außerhalb Kambodschas.)
4. Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um eine erneute Machtergreifung durch die Mörderbanden Pol Pots zu verhindern?
5. Wird die Bundesregierung in dieser Angelegenheit bei der Regierung der VR China vorstellig werden?
Wenn ja, in welcher Form, und welche Maßnahmen werden gegenüber der VR China angekündigt, falls die Khmer Rouge weiterhin massiv von der VR China unterstützt werden?
6. Wird die Bundesregierung z.B. Einfluß auf die ASEAN-Staaten nehmen, um (bei diesen Nachbarstaaten) zu erreichen, daß auch sie sich gegen eine Machtergreifung der Khmer Rouge wenden?
7. Plant die Bundesregierung, auch auf den designierten Präsidenten einer neuen Regierung der nationalen Versöhnung unter Prinz Sihanouk ihren Einfluß geltend zu machen, damit dieser von Plänen Abstand nimmt, die Roten Khmer an einer neuen Regierung zu beteiligen?
8. Gibt es Überlegungen seitens der Bundesregierung, wirtschaftliche Hilfe nur an eine Regierung zu leisten, an der die Mörder Pol Pots nicht beteiligt sind?

9. Beabsichtigt die Bundesregierung, dem Premier der Exil-Koalition Son Sann ähnliche Voraussetzungen für eine etwaige Hilfe zu nennen?
 10. Wie hat sich die Bundesregierung in den letzten zehn Jahren bei allen Abstimmungen und Debatten der Vereinten Nationen verhalten, bei denen die Frage Kambodschas angesprochen wurde?
-
1. Die Bundesregierung geht davon aus, daß die vietnamesischen Streitkräfte im September 1989 aus Kambodscha abgezogen sind. Ob militärische Berater und anderes Personal in Kambodscha zurückblieben, ist für sie nicht verifizierbar. Mit dem Truppenabzug hat Vietnam einseitig eine wichtige Bedingung für die Lösung des Kambodschakonfliktes verwirklicht. Die Bundesregierung hätte es begrüßt, wenn dies im Rahmen und als Bestandteil einer umfassenden politischen Lösung unter internationaler Kontrolle erfolgt wäre. Grundlagen hierfür hatten die informellen Treffen 1988 und 1989 in Jakarta (JIM I und II) sowie die Internationale Kambodschakonferenz im August 1989 in Paris gelegt. Die Bundesregierung hat zusammen mit ihren europäischen Partnern diese Friedensbemühungen unterstützt.
 2. Der seit September 1989 verschärfte kambodschanische Guerillakrieg macht eine politische Lösung jetzt dringlicher denn je. Die Kämpfe müssen beendet werden. Dies setzt voraus, daß die Beteiligten an den Verhandlungstisch zurückkehren. Es ist von zentraler Bedeutung, daß eine politische Lösung dem kambodschanischen Volk den Weg öffnet, in freier Selbstbestimmung über seine Führung zu befinden. Hierzu bedarf es einer Übergangsautorität, die unter internationaler Kontrolle freie und faire Wahlen für eine neue kambodschanische Regierung durchführt. In diesem Prozeß sollte Prinz Sihanouk, der weithin als Integrationsfigur für eine nationale Versöhnung in Kambodscha angesehen wird, eine wichtige Rolle spielen.
 3. Eine Friedenslösung für Kambodscha muß eine erneute Machtübernahme der Roten Khmer Pol Pots verhindern, die sich während ihrer Schreckensherrschaft von 1975 bis 1979 schwerer Verbrechen bis hin zum Völkermord schuldig gemacht haben, und die auch seitdem in ihrem Verhalten keinerlei Respekt für Menschenrechte bekunden. Auch die Friedensbemühungen der ASEAN-Staaten sind darauf gerichtet, die erneute Machtübernahme der Roten Khmer zu verhindern. Über den besten Weg zu diesem Ziel gehen die Meinungen der am Verhandlungsprozeß Beteiligten jedoch auseinander. Prinz Sihanouk vertritt die Position, daß man die Roten Khmer an einer Übergangsautorität unter seiner Leitung beteiligen müsse. Nur wenn man sie in den Prozeß einer politischen Lösung mit demokratischen Wahlen einbinde, könne man ihr militärisches Potential entschärfen und erreichen, daß sie keine ausländische Militärhilfe mehr bekommen. Der Ministerpräsident des Staates Kambodscha, Hun Sen, der seine politische Stellung gefestigt und international zunehmende Resonanz

gefunden hat, will die Roten Khmer von vornherein von der Beteiligung an einer Übergangsautorität ausschließen und dafür in Kauf nehmen, daß diese ihren Guerillakrieg fortsetzen. Er hält sich für stark genug, die Roten Khmer abzuwehren.

Die Bundesregierung hat in ihren Gesprächen mit am Verhandlungsprozeß Beteiligten – auch mit China – keinen Zweifel an ihrer Auffassung gelassen, daß die Roten Khmer nie wieder eine Gelegenheit erhalten dürfen, in Kambodscha ihr Schreckensregime zu errichten, und daß alle ausländischen Waffenlieferungen an die Bürgerkriegsparteien gestoppt werden müssen.

4. Die Bundesregierung hat die genannten Ziele

- möglichst rasche Beendigung des Bürgerkriegs durch Verhandlungen,
- Übergang zu einer frei gewählten kambodschanischen Regierung,
- Sicherung Kambodschas gegen eine erneute Machtübernahme der Roten Khmer,
- Beendigung der Waffenlieferungen,

bei der Vorbereitung der diesjährigen VN-Debatte und der Miteinbringung der VN-Resolution über Kambodscha geltend gemacht. Die von der französischen Präsidentschaft abgegebene, von uns stark beeinflusste Erklärung der Zwölf in der Kambodscha-Debatte bringt diese Ziele deutlich zum Ausdruck.

5. Die Bundesregierung hat ihre Kambodschapolitik in den VN konsequent weiterentwickelt. Zunächst stand die Beendigung der vietnamesischen Besetzung Kambodschas im Vordergrund. Heute ist es die Beendigung des Bürgerkriegs und die Abwehr der Roten Khmer sowie die Einrichtung einer Übergangsautorität und eines internationalen Kontrollmechanismus. Die Bundesregierung hat die Kambodscha-Resolutionen in der Generalversammlung seit 1979 und in der Menschenrechtskommission seit 1981 miteingebracht, mit denen der Abzug der vietnamesischen Truppen und Selbstbestimmung für die Kambodschaner gefordert wurde. 1988 hat sich die Bundesregierung nachdrücklich und mit Erfolg dafür eingesetzt, daß daneben die Nichtrückkehr der Roten Khmer an die Macht als Ziel einer Konfliktlösung in die VN-Kambodscha-Resolution aufgenommen wurde. Sie hat sich in der Diskussion um den Resolutions-text 1989 intensiv um eine adäquate Würdigung des vietnamesischen Truppenabzugs, um einen Aufruf zur Beendigung der Gewaltanwendung und des Bürgerkriegs sowie zur Einstellung aller ausländischen Militärhilfe bemüht.

In den VN-Debatten wurden Erklärungen abgegeben bzw. mitformuliert und mitgetragen, in denen eine politische Lösung des Kambodscha-Problems gefordert wurde mit den Kernelementen: Abzug der vietnamesischen Truppen und Sicherung Kambodschas gegen eine erneute Machtübernahme der Roten

Khmer, Selbstbestimmung für die Kambodschaner durch Wahlen, internationale Kontrolle und Garantie.

Zum Stimmverhalten in der Sitzfrage hat die Bundesregierung in ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Frau Kelly und der Fraktion DIE GRÜNEN „Khmer Rouge und Haltung der Bundesregierung“ (Drucksache 11/3962 vom 8. Februar 1989) bereits Stellung genommen. Nachzutragen ist, daß auch 1989 keine Abstimmung über den VN-Sitz Kambodschas stattfand.

6. Kambodscha und die Kambodschaner bedürfen nach der Schreckensherrschaft Pol Pots und nach vielen Jahren erbarmungsloser Kriegführung der internationalen Hilfe. Die Bundesregierung fördert durch finanzielle Zuschüsse Hilfsprojekte von Nichtregierungsorganisationen im Staat Kambodscha. Sie ist bereit, einer kambodschanischen Regierung, die dem Willen des kambodschanischen Volkes entspricht und somit die Beteiligung Pol Pots und seiner Gefolgsleute ausschließt, Hilfe beim Wiederaufbau zu leisten. Die deutsche Hilfe für die kambodschanischen Flüchtlinge in Thailand ist strikt auf die Lager beschränkt, die nicht von den Roten Khmer verwaltet werden.